

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gernspracher Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gernspracher Nr. 53

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 2.50.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Telegraphenamt: Neuß, Postfach 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem taufstündigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.20 Mark, und für die 4 gepaltene Reklameseite 3.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Ausgabe.

Nr. 81.

Redaktion: Jol. Grunau.

Montag, 15. März 1920. (Sonntags.)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

47. Jahrgang.

Der deutsch-nationale Gewaltstreik.

Die Reichshauptstadt erwachte am Samstag morgen unter einer neuen, rechts gerichteten Regierung, während die bisherigen Gewalthaber in der Frühe des Tages das Feld geräumt und im Auto nach Dresden geflüchtet waren. Ganz überraschend kam die Sache für die eingeweihte politische Welt übrigens nicht. Die alte Regierung war von den Absichten der Altsächsischen unter Führung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Rapp und der Militärs unter v. Wittich genau unterrichtet, sogar der Samstag war für den Putz vorausgesetzt. So hatte man ja auch gegen die Führer Schutzhaftbefehle erlassen, vernünftigerweise nicht ihrer Hafthaft zu werden. Nachdem dann die Reichswahr sich auch als unzuverlässig erwiesen hatte und zu den Brigaden, die sie aufhalten sollte, übergegangen war, blieb, wollte man blutige Zusammenstöße vermeiden, nichts anderes übrig, als den Eid der Regierung vor der neuen Gewalt in eine andere Stadt zu retten. Das ließ sich nach außen nicht glänzend aus, zeigt, auch wie wenig Festigkeit heute noch in den Berliner Verhältnissen liegt, aber unter den gegebenen Verhältnissen war es eine Tat der Klugheit, denn in Deutschland, das so viel erlitten, sollte weiter kein nutzloses Blut mehr fließen.

Einflussreiche behaupten, die neuen Herren in Berlin umschlossen das Feld, sie haben sehr leichte Arbeit gehabt, sich einzufinden. Ihre Proklamationen, mit den schönsten Versprechungen, haben in die Menge, die sie zum Teil gleich aufgeweckt, das ist natürlich bei der vielen Witterung, die im Laufe der letzten Zeit hier, wie im Lande angekommen ist.

Was stellt man sich die Fragen, sind die neuen Herren fähig, eine Besserung herbeizuführen, wird das Land in weiter Zukunft zu ihr überleben, was die Entente sie als Nachfolger anerkennen? Was alle drei Fragen nach man heute mit einem glatten Nein antworten. Selbst die „Rein. Ztg.“, die gewöhnlich gegen die Regierung nicht freundlich steht, lehnt sie ab, indem sie in ihrer Sonntagsausgabe schreibt: „Was mögen alle Worte guter Absichten, wenn die Verhältnisse auf sich eine Sprache reden, die an Macht und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Kein Zweifel, mit dem konservativen Regierungssystem ist das deutsche Volk unzufrieden, Männer wie Rapp und Wittich sind durch Intelligenz und Energie, aber politisch sind sie die Typen der Katastrophentheorie des letzten Jahrzehnts, belastet mit politischen Gewalttaten und Schandakten, die sie in den Zusammenbruch unseres Volkes mit verfrachten und ihnen bei einer überwiegenden Mehrheit des Volkes jeden politischen Kredit rauben.“

Nicht anders denkt das Land, namentlich die weitaus meisten Klassen der Arbeiterschaft, die sich schon jetzt allenfalls zum Widerstand rufen und zum Generalstreik aufrufen. Was aber dann? Und endlich die Entente, auf die man doch gerade heute, angesichts der noch schwebenden Friedensfragen und des internationalen Wirtschaftskrisens angewiesen sind, glaubt man, daß ihnen die Herren der extremen Linken passen werden? Kommen wir damit nicht zu neuen Schwierigkeiten, die mit einem Male wieder die größte Not über das ganze Land bringen können?

Unter diesen Gesichtspunkten muß die Gewalttat in Berlin als ein ganz unverantwortliches, gefährliches Spiel abgelehnt werden. Nur einige der nächsten Folgen seien hier angeführt:

1. Unter eben etwas steigender Kredit im Ausland ist sich wieder gesunken, weil man den Verhältnissen nicht traut.
2. Den unabhängigen und radikalen Revolutionären ist Wasser auf ihre Mühlen getrunken, sie bieten schon jetzt die Straße auf und proklamieren, wie in Frankreich die Räteregierung mit der Herrschaft des Proletariats.
3. Geben die Herren der Rechten nicht klein bei, so scheint ein blutiger Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen, dessen Ende gar nicht abzusehen ist.
4. Endlich auch nur ein Generalstreik wirkt uns mit seinen lang nachwirkenden Folgen wirtschaftlich unendlich schädlich und bringt uns in Gefahr des Hungersnot.
5. Neue Verwicklungen mit der Entente sind unausweichlich und unser Unglück wird nur um so größer.

Die Dinge haben sich im wesentlichen wie folgt entwickelt: Die neue Regierung proklamiert die Freiheit und die Tat. Nun wohl, so hat sie nur auf dem Boden der neuen Verfassung mitgewirkt, statt bisher nur der fruchtlosen Arbeit zu sein. Im Grunde gilt es heute, Ruhe und Ordnung zu halten, damit nicht der Wille derer, um deren revolutionäre Ziele zu verwirklichen, die neue Verfassung zu zerstören und auf dem einmal begangenen Wege, auch wenn manches heute mis-

fällt, fortfahren, einig das Vaterland zu retten, statt es wieder zur Beute wilder Leidenschaft zu machen!

Der Vormarsch der Truppen.

Berlin, 13. März. Die Korrespondenz Sachsgewiss macht über die letzten Vorgänge folgende Mitteilungen:

Am gestrigen Freitagmittag wurde bei den in Döberitz stationierten Truppenteilen die Brigaden Ehrhardt und Eberhard (Baltikumtruppen und Marinebrigade), der Befehl ausgegeben, die Formationen sollten sich für die Nacht zu einer Nachtübung bereit halten. Was mit dieser Nachtübung gemeint war, war nicht nur den Eingeweihten bekannt, der letzte Musterer wußte es: es geht nach Berlin. Die Vagagen und Feldzüge der Truppenteile standen schon seit einigen Tagen in voller Marschbereitschaft. Am die Mitternachtsstunde setzten sich die Kolonnen in Bewegung. Auf verschiedenen Straßen, die Döberitzer Heerstraße und der Grunewaldstraße zogen die Truppen mit ihren Vagagen ostwärts. Die Regierung, die über die drohende Gefahr unterrichtet worden war, versuchte mit allen Mitteln den weiteren Vormarsch zu verhindern. Sie entsandte eine Reihe von Generalen, so den General v. Dönn und Admiral von Trotha, und als diese ohne Erfolg zurückkehrten, ließ die Regierung das alarmbereite Reichswehr-Schützenregiment 6 aus Döberitz Truppen entgegenmarschieren. Aber auch dieser letzte Versuch, die drohende Gefahr abzuwenden, endete mit einem völligen Scheitern der Regierung. Die Reichswehr ging einen Augenblick zu zögern, zu der Marinebrigade über. Ohne auf irgend welchen Widerstand zu stoßen, rückten die Kolonnen in der letzten Morgenstunde in Berlin ein. Die vom Reichswehrminister Rapp zur Sicherung der inneren Stadt alarmierten Truppen und Formationen der Sicherheitspolizei rückten, nach Bekanntwerden der näheren Umstände, in vollkommener Ruhe in ihre Kasernen ab. In kurzer Zeit hatte die Marinebrigade das Ministerium besetzt. Am Wilhelmplatz führten die Artillerie sowie die Maschinengewehrtruppen und die Vagagen auf. Die Truppen setzten die Gewehre zusammen und entzündeten von hier aus kleinere Wüstungen zur Befestigung der Reichstempel und den Ministerien. Die nach der Wilhelmstraße führenden Straßenzüge wurden abgesperrt und der Verkehr einer strengen Kontrolle unterworfen. Vor dem Kaiserhof hatte eine Militärkapelle Aufführung genommen, die die Nationalhymne und andere vaterländische Weisen erklingen ließ. Am Potsdamer Platz hatte die Brigade Rapp, die von Joffen her anmarschiert war, Aufstellung genommen. Der Potsdamer Hauptbahnhof sowie der Wannsee- und Ringbahnhof waren schnell von größeren Abteilungen besetzt. Postenketten bewachten die Zugänge zum Bahnhof und zum Potsdamer Platz. Vor dem südlichen Torgebäude des Potsdamer Parks und vor dem Palasthotel stand je ein Feldgeschütz schiffbereit nach der Potsdamer Straße zu gerichtet. Maschinengewehre waren rund um den Platz herum verteilt. Die mit den Vorort- und Ringzügen Ankommenden blieben mit erkaunten Augen auf das ungewohnte militärische Bild, das sich ihnen in so früher Morgenstunde bot. Als nähere Einzelheiten von dem vollzogenen Sturz der Regierung bekannt wurden, brach die Menge in stürmische Hochrufe aus, die sich noch steigerten, als vor dem Potsdamer Hauptbahnhof eine Militärkapelle der Preussensinfanterie anstimmte. Die Leipziger Straße und der Leipziger Platz waren gefüllt mit Vagagen und dampfenden Feldkassen. Fast alle Fahrzeuge waren mit schwarz-weiß-roten Fahnen oder mit der Marineflagge geschmückt.

Die Befehle des Regierungsvorstands.

Die Brigade Ehrhardt ist um 7 Uhr, ohne Widerstand zu finden, mit schwarz-weiß-roten Fahnen in Berlin eingedrungen und hat das Regierungsviertel in weitem Kreise abgesperrt.

Die ausländischen Truppen sind vollständig Herren der Lage. Sie haben die öffentlichen Gebäude besetzt, von denen die preussische Flagge weht. Die Wilhelmstraße gleicht einem Heerlager. Soldaten der Reichswehr mit Gewehren, Maschinengewehren und sonstigem Kriegsgut lagern von den Linden bis zur Wilhelmstraße.

Auch am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz befindet sich ein starkes Truppenaufgebot. Am Potsdamer Platz sind Geschütze aufgestellt. Der Verkehr wird sich einfinden in den gewohnten Bahnen ab. Es wird auch überall gearbeitet.

Ultimatum und Verhandlungen.

Die Gegenrevolutionäre richteten ein das Ultimatum.

Ultimatum.

Das u. a. folgende Punkte enthielt:

1. Bildung eines neuen Kabinetts bestehend aus Fachministern;
2. an Stelle des Reichswehrministers Rapp tritt General v. Wittich als Reichswehrminister;
3. Straffreiheit für Generalkommandanten Rapp und die anderen in Schutzhaft genommenen Personen;
4. Straffreiheit für die Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt.

Bis 5 Uhr morgens beriet Reichspräsident Ebert mit dem Reichskanzler Bauer und dem Reichswehrminister Rapp im Reichskanzlerpalais über die Frage, ob dieses Ultimatum angenommen oder abgelehnt werden sollte. Das Ergebnis der Beratungen war die Ablehnung des Ultimatums unter Verzicht auf jeden Widerstand.

Die Regierung Bauer hat, da sich die Reichswehrtruppen in Berlin sowie die Sicherheitswehr genötigt haben, den Gegenrevolutionären mit Waffengewalt entgegenzutreten, auf jeden Widerstand verzichtet und den im Marmarplatz befindlichen Truppen den Befehl gegeben, wieder einzurücken und sich passiv zu verhalten.

Im Reichskanzlerpalais beriet während der ganzen Nacht ein unumbröckeltes Komitee aus Ebert und Viceschöpfungern, Ordnanzen, Ministern, und kurz nach Mitternacht trat Reichswehrminister Rapp zu einer Sitzung zusammen, an der alle Minister teilnahmen. Die Sitzung beriet bis gegen Mitternacht. Kurz nach Mitternacht verteilte Reichswehrminister Rapp das Ultimatum und kam erst gegen 3 Uhr nach demselben zurück. Sofort trat das Kabinett zu einer neuen Sitzung zusammen, die gegen 5.30 Uhr endete. Das Ende war die Ablehnung des Ultimatums und der Befehl zum Zurückziehen der bewaffneten Macht, die Berlin vor dem Eingehen der Truppen schützen sollte. Nach dem Befehl und nach der Ausführung der Sitzung verließen die Minister das Palais.

Reichspräsident Ebert hat gleichfalls sofort nach dem Kabinettsbeschluss seine Wohnung in der Wilhelmstraße verlassen.

Der Befehl wurde sofort nach der Abfahrt der Minister ausgegeben. Die Truppen zogen ihre Posten zurück und formierten sich zum Abmarsch. Bis Tagesanbruch konnte man sehen, welche große Militärmasse auf dem Wilhelmplatz zusammengezogen war.

Als die Truppen um 6 Uhr morgens abmarschierten, war die Spitze der heranziehenden Infanterie noch nicht in der Wilhelmstraße eingetroffen.

Alle Formationen marschierten unter Gefolge ab. Gegen 6 Uhr hatten die letzten Soldaten den Wilhelmplatz verlassen. Das Publikum, das jetzt wieder ungehindert die Straßen passieren, hatte nichts gemerkt von dem nächtlichen militärischen Anmarsch.

Abreise der alten Regierung und Generalstreiksandrohung.

Berlin, 13. März. Die alte Regierung befindet sich in Dresden und hat sich dort als solche proklamiert. Die Sozialdemokratie hat den Generalstreik verkündet. Man nimmt an, daß die christlichen Gewerkschaften sich ihr anschließen werden. In den Kreisen der Mehrheitsparteien erwartet man, daß die Nationalversammlung in Dresden zusammenzutreten werde. Von den Angehörigen der alten Regierung sollen sich außer Schiffer noch Bell hier befinden sowie der Unterstaatssekretär Albrecht. Sie werden von Reichswehrtruppen bewacht. Sämtliche Druckereien der Zeitungen sind besetzt.

Das preussische Ministerium interniert.

Berlin, 13. März. Nach Mitteilung von Zentrumsgesandten befindet sich das preussische Ministerium in seiner Gesamtheit im Gebäude des Ministerpräsidenten in der Wilhelmstraße interniert.

Die neue Ministerliste.

Berlin, 13. März. Generalkommandanten Rapp, Reichskanzler und Ministerpräsident in Preußen, General der Infanterie Freiherr v. Wittich, Wehrminister, Dr. Schiele, Wirtschaftsminister, Dr. Traub, Kultusminister, Oberfinanzrat v. Hart, Finanzminister.

In einer augenblicklich im Druck befindlichen weiteren Rundgebung wird im ersten Punkte die sofortige Durchführung des Friedensvertrages erklärt, zweitens die Aufhebung der Zwangswirtschaft und Heranziehung der Landwirtschaft zu erhöhten Steuerabgaben.

Die ersten Rundgebungen.

Das Wolffsbureau verbreitet folgende, aus Berlin, 13. März, datierte Rundgebungen:

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist an den mitunterzeichneten Generalkommandanten Rapp (Königsberg i. Pr.) als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie, Frhr. v. Wittich, berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Frhr. v. Wittich, General der Infanterie, und Rapp, Landeshauptmann.

Das Mandat der Nationalversammlung zum Gesetz einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische Recht zu weiterer Tätigkeit. Ihr Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und damit ihr Mandat eigenmächtig zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die eben geschaffene Verfassung wird willkürlich von ihr wie ein Papiertuch behandelt. Schon will die Mehrheit die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die Gesamtheit des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen. Die Nationalversammlung wird hiermit aufgelöst.

Sowie die innere Ordnung wiederhergestellt ist, werden wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und Neuwahlen ausgeschrieben.

Der Reichskanzler gen. Rapp.

Die Preussische Landesversammlung wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage aufgelöst.

Der preussische Ministerpräsident Rapp.

Der sozialistische Polizeipräsident.

Berlin, 13. März. Der General Freiherr von Wittich hat heute vormittag den Kommandeur der Sicherheitspolizei, Ebert v. Schönfeldt, und Ebert v. Ahrens vom Kommando der Sicherheitspolizei beauftragt, den Polizeipräsidenten August Ernst zu bitten, auf seinem Posten zu verbleiben, damit keine neuen Unruhen entstehen. Das gleiche Ansuchen richtete auch Geheimrat Seyd, der zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist, an den Leiter der Behörde. Der Polizeipräsident erwiderte, daß er im Interesse des Vaterlandes vorläufig auf seinem Posten ausbleiben wolle und alles tun werde, was in seiner Kraft stehe, um einen Bürgerkrieg und damit neues Blutvergießen zu vermeiden. Eine endgültige Antwort könne er erst nach Rücksprache mit seinen Parteifreunden geben.

Befehungen.

Berlin, 13. März. In den Vormittagsstunden wurden die wichtigsten öffentlichen Gebäude von der Sicherheitswehr besetzt. Auch das Geschäftshaus des Wolffsbüros erhielt eine Wache. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ wurden verboten.

Eine Koalitionsregierung?

Berlin, 13. März. Kurz vor 8 Uhr wurde man in der Reichstempel folgende Tatsachen:

Die Beratungen in der Regierung Rapp haben ergeben, daß es notwendig ist, eine Koalitionsregierung zu bilden, die von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten (i) reichen soll.

Die neue Regierung an das Volk.

Reich und Volk sind in schwerer Gefahr. Wir nähern uns mit rasender Geschwindigkeit dem vollkommenen Zusammenbruch des Staates und der Rechtsordnung. Das Volk führt nur durch das kommende Unheil. Die Preise steigen unaufhaltsam. Die Not wächst, Hunger, Not, droht. Korruption, Wucher, Schieberei und Verbrechen treten mit immer größerer Freiheit auf. Die autoritären, ohnmächtigen und mit der Korruption verfallenen Regierung ist nicht in der Lage, die Gefahr zu beschwören. Fort mit einer Regierung, in der ein Erbregner der führenden Geist. Wie entgegen wir dem äußeren und inneren Zusammenbruch? Indem wir eine starke Staatsgewalt wieder aufzurichten. Welche Idee soll uns dabei leiten? Keine Reaktion, sondern eine freie, politische Fortbildung des deutschen Staates. Wiederherstellung der Ordnung und der Gerechtigkeit des Rechts. Pflicht und Gerechtigkeit soll wieder hergestellt werden. Die ohne Mandat weiterregierende Nationalversammlung erklärt sich in Permanenz. Verfassungswidrig schiebt sie die Wahlen bis in den Herbst hinaus. Statt die Verfassung zu halten, die sie erst neuerlich beschaffen hat, will eine herrschaftliche Parteiregierung schon heute dem Volk das wichtigste Grund-

recht der Präsidentenwahl entziehen. Die Stunde der Rettung Deutschlands geht verloren. Darum bleibt kein anderes Mittel übrig als eine Regierung der Not.

Welches sind die Aufgaben? Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. Die Regierung wird die Finanz- und Steuerhoheit der Bundesstaaten, die sie zur selbstständigen Erfüllung ihrer Kulturaufgaben nötig haben, auf verfassungsmäßiger föderativer Grundlage wiederherstellen. Die Regierung wird die Kriegsanleihen als gerechte Gegenleistung für treu erfüllte vaterländische Pflicht sicherstellen. Die Regierung wird zur Wiederaufrichtung des Staates den künftigen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. Zugleich wird es ihre Hauptaufgabe sein, Widerbemittelte und Selbstlose mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Regierung wird Streiks und Sabotage rückwärts los unterdrücken. Die Regierung wird die Arbeiterschaft zum Zweck der wirtschaftlichen Neuordnung in hervortragenden Maße zur Vorbereitung und zur tätigen Mitarbeit neben den anderen Berufs- und Gewerbeständen heranziehen. Sie wird nicht eine Regierung des einseitigen Kapitalismus sein, sie will vielmehr die deutsche Arbeit vor dem harten Schicksal der internationalen Verflechtung unter das Großkapital schützen. Die Regierung wird die bestehende Verfassungsgebarung mit einem freihheitlichen Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ausstatten. Die Regierung wird dem seit den Novembertagen zurückgelegten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen. Dafür verlangt sie von ihren Beamten den alten Geist treuer Pflichterfüllung im Dienste des Gemeinwohls. Die Regierung wird es als ihre heiligste Pflicht betrachten, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der gefallenen Krieger ihre wohlverdienten Bezüge in vollstem Maße sicherzustellen. Die Regierung wird die Freiheit der Kirchen gewährleisten und die nationale und religiöse Erziehung wiederherstellen. Abspaltungsvorwürfe vom Reich werden als Hoch- und Landesverrat strafrechtlich erwidert. Wir sind stark genug, unsere Regierung nicht mit Verhaftungen und anderen Gewaltmaßnahmen zu beginnen. Wir werden regieren nicht nach Theorien, sondern nach den praktischen Bedürfnissen des Staates und des Volkes in seiner Gesamtheit. Jede Klassenverwahrlosung, sei es nach rechts oder links, lehnen wir ab. Wir kennen nur deutsche Staatsbürger. Eine jeder seine Pflicht! Heute ist Arbeit die vornehmste Pflicht für jedermann. Deutschland soll sein eine stützende Arbeitsgemeinschaft. Die Herren der deutschen Republik sind Schwarz-Weiß-Rot.

Der Reichskanzler: Kapp.

Neue Reichstagswahlen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung beginnen am Sonntag vormittag 10 Uhr. Die Wahlen zum neuen Reichstag sollen am Sonntag, den 11. April stattfinden. (1)

Ein Haftbefehl gegen Erzberger.

Berlin, 13. März. Die neue Regierung hat der Sicherheitspolizei den Befehl erteilt, den früheren Reichsfinanzminister Erzberger auf Grund des bestehenden Untersuchungsbefehls zu verhaften. Wie wir erfahren, hat Erzberger in der Nacht seine Wohnung verlassen und ist aus Berlin nach Schwaben abgereist. Sein eingereichtes Entlassungsgesuch wurde von der Regierung genehmigt.

Ebert im Amt?

Wichtig erscheint die Feststellung, die sich bei einem Besuche in der Reichstagskanzlei ergab, daß man dort der Auffassung ist, Reichspräsident Ebert sei nach wie vor im Amt. Er sei von der neuen Regierung nicht abgesetzt worden. Am Samstagabend war in Berlin das Gerücht verbreitet, daß die alte Regierung in Dresden von Anhängern der Regierung Kapp verhaftet worden sei. In der Reichstagskanzlei waren Erkundigungen daraufhin erfolglos.

Keine Reaktion, keine Monarchie.

Mit Berlin, 13. März. Die heute früh zu einer Presskonferenz eingeladenen Zeitungsvertreter wurden von Rechtsanwalt Broderick empfangen und über die Bedeutung der bekannten Vorfälle dahin unterrichtet, daß die alte Regierung nicht mehr da sei und eine neue Regierung an ihre Stelle trete. Generallandchaftsdirektor Kapp habe heute morgen noch mit dem Vizepräsidenten des Reichsministeriums, Schiffer, eine Besprechung gehabt. Die neue Regierung sei nicht reaktionär, sondern eine Regierung der verfassungsmäßigen und freihheitlichen Tat, die keinerlei Reaktion und keine Monarchie wolle. Ein Übergangsstadium sei natürlich notwendig. Ein Übergangsstadium sei natürlich notwendig. Ein Übergangsstadium sei natürlich notwendig. (Den Boden der Verfassung hat man durch den Gewaltstreich an und für sich schon verlegt.)

Besprechungen mit Verbandsvertretern.

Berlin, 13. März. Um 11 Uhr vormittags haben heute im großen Sitzungssaal der Reichstagskanzlei die ersten Besprechungen zwischen der neuen Regierung und Vertretern der Verbandskommissionen begonnen, an denen Vertreter der englischen, französischen und italienischen Regierung teilnahmen. Die Verhandlungen dauerten sich längere Zeit hin. Bis Mittag lag ein Ergebnis nicht vor.

Der Aufruf der alten Regierung.

Dresden, 13. März. Die alte Reichsregierung läßt an das deutsche Volk folgenden Aufruf: Durch einen wahrhaftigen Handstreich sind die Regierungsgebäude in Berlin in die Hand von Kuffaren gelangt. Keine politische Partei, kein Mann von besonnener Denkart steht hinter diesen Vorgängen. Jedermann mißbilligt sie.

Nachdem sich die in Dberitz einquartierten, zur Entlassung bestimmten Truppen, namentlich die aus dem Baltikum, hinter diesen Akt der Zerrüttung gestellt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden und das Leben der an Zahl geringeren in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen, denn Blut ist seit 1914 genug geflossen, und dieses Abenteuer wird in einigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenbrechen. Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jeder bleibt an den Gehörsam an die verfassungsmäßige Regierung gebunden, nur sie kann Befehle erteilen und Zahlungsanweisungen ausstellen. Jede Anordnung einer anderen Stelle ist rechtsunfähig. Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung zu dienen und gehorcht zu sein. Den Einbruch einer Anzahl Offiziere nachzuahmen, verbietet ihnen Pflicht und Recht. Die Auflösung der Nationalversammlung ist verfassungswidrig. Der Präsident der Nationalversammlung ist ersucht, diese alsbald wieder einzuberufen. Nur eine auf die Verfassung begründete Regierung vermag Deutschland davon zu bewahren, daß es in Nacht und Blut versinkt. Wenn Deutschland von einem Putsch zum andern geführt wird, ist es verloren. Eine auf dem Gewaltakt beruhende Regierung unterdrückt die Autorität im In- und Ausland. Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren Wirtschaft und Verkehr unterbinden und das Vertrauen des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erwirbt, untergraben. Ungeheure Gefahren nach innen und außen stehen bevor, wenn das Volk die Besonnenheit verliert. Deutsches Volk, schäre dich um deine verfassungsmäßige Regierung! Dresden, 13. März. Reichspräsident Ebert. Die Reichsregierung: Bauer, Kossel, Giesberts, Müller, Koch, Gieseler.

An das Ausland.

Dresden, 13. März. Das Reichskabinett erläßt ein Telegramm an alle Länder, worin es die Tatsachen mitteilt und als Sitz der Reichsregierung Dresden nennt. Die Reichsregierung erklärt, daß sie die einzige sei, die das Chaos verhindern könne, und sie ersucht die Regierungen der Länder, die Beziehungen zu ihr aufrecht zu erhalten.

Die Nationalversammlung nach Stuttgart berufen.

Dresden, 13. März. Präsident Ebert hat die Nationalversammlung auf Dienstag, den 16. März, nach Stuttgart einberufen.

Die Parteien.

Berlin, 13. März. Um 10 Uhr versammelten sich im Reichstag die hier anwesenden Abgeordneten der Nationalversammlung, hauptsächlich Angehörige der Mehrheitsparteien. Die Demokraten haben schon eine Protestaktion eingeleitet. Sie planen einen öffentlichen Aufruf, die Nationalversammlung sofort wieder zu berufen. Der Antrag wurde den Reichsparteien vorgelegt mit der Aufforderung, ihn zu unterstützen. Die Reichsparteien haben dies abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß sie, wie sie in der Nationalversammlung bereits betont hätten, das Mandat der Nationalversammlung als erledigt betrachten.

Das deutsche Zentrum.

Berlin, 13. März. Unter dem Vorsitz des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Trimborn versammelten sich am Samstag, den 13. März, die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung. Die Versammelten kamen einmütig zu folgendem Beschluß:

Das Zentrum steht als christliche Volkspartei fest auf dem Reichsboden der Verfassung. Daher verurteilt es auf das Schärfste den Versuch, die verfassungsmäßige Regierung zu stürzen. Die Auflösung der Deutschen Nationalversammlung ist eine Gewalttat. Sie wird von uns nicht anerkannt. Es ist ein Verbrechen am deutschen Volk, den sichtlich beginnenden Wiederaufbau des Vaterlandes zu stören und über Deutschland die Gefahr des Bürgerkrieges heraufzubeschwören.

Wir sind überzeugt, daß wir bei der Verteilung der neuen Umfragesbewegung uns in Uebereinstimmung befinden mit unseren Parteifreunden und mit der ganz überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes.

An die Rheinische Zentrumsparlei.

Ahn, 13. März.

Bewahrt Ruhe und Ordnung! Seid besonnen! Das Vaterland steht wiederum vor den schwersten Erschütterungen. Die Führer der Partei werden noch heute zusammenzutreten und zur Lage Stellung nehmen. Denkt daran, daß in dieser Stunde höchster Gefahr derjenige eine schwere Verantwortung auf sich nimmt, der sich zu Unbesonnenheiten hinreißt.

Zweiter Vorsitzender der Rhein. Zentrumsparlei.

Die bayerische Regierung gestützt.

Aus dem Reich sind in der Stunde zwischen 7 und 8 Uhr neue Mitteilungen eingetroffen, wonach die bisherige bayerische Regierung gestützt worden ist, ebenso die Regierungen in Bremen und Hamburg. (1)

Hamburg.

Der Garriensallerte von Alfons, Frhr. v. Wangenheim, erläßt eine Bekanntmachung, in der er die in der Reichsregierung vollzogenen Veränderungen bekannt gibt und erklärt, die vollziehende Gewalt über das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung zu übernehmen.

Die Wirkung auf das Industriegebiet.

Böckum, 13. März. Im Industriegebiet sind die ersten Meldungen über die Berliner Vorgänge mit Ruhe aufgenommen worden. Soeben wird ein von der hiesigen sozialdemokratischen Parteileitung ausgegebenes Flugblatt verbreitet, das zur sofortigen

Arbeitsniederlegung auffordert und zu einer Massendemonstration für die Republik auf heute nachmittag 4 Uhr einlädt.

Der Kommandierende im Ruhrkohlenrevier.

Essen, 13. März. Der Befehlshaber des Wehrkreises Nr. 6, Generalleutnant v. Watter, erläßt folgenden Aufruf: Zeitungsmitteilungen aus Berlin sprechen von Putsch. Als Befehlshaber des Wehrkreises Nr. 6 bleibe ich für mich im vaterländischen Interesse der Aufrichtigkeit, Ruhe und Ordnung in meinem Bezirk aufrechtzuerhalten. Dies allein wird die Richtlinie für mein Handeln sein. In allen Bestimmungen, die hierfür gelten, ändere ich nichts. Ich ersuche alle Beamten, ihre Arbeiten fortzusetzen, ebenso wie ich von der Bevölkerung erwarte, daß sie nicht vorzeitig handelt. Ich werde mich mit keiner Person und mit keiner ganzen Nachbarschaft im Zusammenarbeiten mit dem Reichskommis für das Ruhrgebiet einlassen, daß die den deutschen Staatsbürgern zugewilligten Rechte unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben.

Das Wuppertal.

Im Wuppertal haben die Berliner Vorgänge große Erregung ausgelöst und bereits zu einer Einigung der sozialistischen Gruppen geführt. Die Führer der Reichssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten hielten gemeinsame Beratungen ab und beschloßen, am Sonntag, große Massendemonstrationen zu veranstalten.

Hannover.

Hannover, 13. März. In der Stadt ist bisher alles ruhig. Die Sicherheitswehr liegt in den Kasernen bereit. Die staatlichen und städtischen Gebäude sind bisher nicht besetzt. Aus beiden sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften wurde ein Tätigkeitsausschuß gebildet, für dessen Anordnungen unbedingt Folge verlangt wird. Die Arbeiterschaft hat vorläufig in den Betrieben zu bleiben und dort die Anweisungen des Ausschusses abzuwarten. Sonntag früh um 8 Uhr tritt die Arbeiterschaft in allen Betrieben an, um weitere Weisungen entgegenzunehmen. Generalsekretär v. Hindenburg steht den Vorgängen in Berlin fern.

Zusammenkünfte in Frankfurt am Main.

In Frankfurt am Main sind nach den Demonstrationen am Samstagabend, an der Tausende von Personen teilnahmen, an verschiedenen Stellen zu blutigen Zusammenstößen der Menge mit der Sicherheitspolizei. Große Scharen drangen gegen die von der Sicherheitspolizei verriegelte Güterkassiererei vor. Hierbei wurde eine Zivilperson erschossen und mehrere verwundet. Von den Zeitungen wurden auf Befehl der sozialistischen Parteien außer den sozialistischen Blättern nur die Frankfurter Zeitung erschienen. Der Generalstreik hat sich schon teilweise auf die staatlichen Verriebe ausgedehnt. Radikale Gruppen haben im Hotel Frankfurter Hof ihr Quartier aufgeschlagen und betreiben die Aufzucht der Rätepublik mit der Diktatur des Proletariats.

Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. März. Gestern sowohl wie heute ist die Ruhe in der Stadt nicht gestört worden. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen noch immer nicht. Der Versuch, heute Morgen mit Hilfe der technischen Nothwehr eine kleine Demonstration zu lassen, ist gescheitert. Da das Generalkommando die Bewilligung verweigerte, wurde der Versuch mit Verhaftungen unterbrochen, so daß keine Anzeichen von dort nicht eintreffen. Die hiesige Zentrumsparlei verurteilt in einem Aufrufe die Berliner Ereignisse und lehnt jede Diktatur von rechts wie von links ab.

Ahn.

Ahn, 14. März. Das Komitee der freien Gewerkschaften hat gestern nachmittag Weisungen an die Organisationsleitungen erteilt, wonach zum Eintritt in einen 24stündigen Streikbefehl für die Regierung Bauer am Laufe des Montagvormittags aufgegeben wird. Laut Befehl der Bezirkskommission soll dieser Befehl die Reichsregierung für die ganze obere Rheinprovinz erhalten.

Stimmen zum Erzberger-Prozess.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ob das Vorgehen des Angeklagten, der sich mehr und mehr in der Rolle des Angeklagten hineingefügt hat, dem deutschen Namen und Ansehen im Ausland förderlich gewesen ist, ist mehr als zweifelhaft. Obwohl der parteipolitische Vorteil, den sich gewisse Gruppen von ihrem Vorgehen versprochen haben, eintreten und vor allem von Dauer sein wird. Aber ethisch am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeitend, wird einem bitteren Geschmack aus diesem Rechtsstreit zurückbleiben, in dem Bewußtsein, daß die Verheißung, die in immer steigendem Maße während der Dauer des Prozesses zutage getreten ist, und die in einem sinnlosen Angriff auf den Nebenkläger einen glücklicherweise nicht tragisch verlaufenen Ausdruck gefunden hat, alles andere als geeignet ist, die notwendige innere Einheitsfront herzustellen.

Die Deutsche Zeitung meint: Es ist Dr. Hefnerich gelungen, den Nachweis zu führen, daß dieses neue, viel gepriesene System der Demokratie nichts anderes ist als eine Korruption schlimmster Art, daß der geistige Leiter der deutschen Regierung ein Mann ist von einer Unaufrichtigkeit des Charakters, von einer Unaufrichtigkeit der Gesinnung und von einer Unaufrichtigkeit des Handelns, wie sie in dem alten Deutschland bei einem Manne in führender Stelle niemals möglich gewesen wäre. So ist die Verurteilung Erzbergers, die ein unparteiischer preussischer Gerichtshof ausgesprochen hat, zugleich eine Verurteilung der neuen Regierungsform. Wenn dieser Prozess überhaupt einen Sinn gehabt hat, so nur dann, wenn er den Beginn einer Säuberung von jenen Elementen, die an die Stelle der Sauberkeit den Schmutz und an die Stelle der Unbestechlichkeit die Korruption gesetzt haben, bedeutet.

Im Berliner Tageblatt ist zu lesen: In unserem Urteil über Erzberger, das wir schon vor 14 Tagen vor dem gerichtlichen Erkenntnis formuliert haben, brauchen wir auch nach dem heutigen Spruch nichts zu ändern. Erzberger hat sich in seiner geschäftlichen Betätigung nicht so rein gehalten, wie das deutsche Volk es von jedem seiner Vertrauensmänner fordern muß. Den Ministernposten kann er nicht länger bekleiden. Das Gericht, das ein ausführliches Charakterbild Erzbergers entwirft, vermeidet es aber leider, eine gleiche Ausführlichkeit den Motiven zu widmen, aus denen der Angeklagte Hefnerich seine strafbare Handlung beging!

Der Vorwärts kommt zu folgender Feststellung: Trotzdem ist das, was gegen Erzberger bleibt, erkennend genug, um die Forderung zu rechtfertigen, daß er in sein Amt nicht wieder eintritt. Gerade uns Republikanern, die wir an der Reinhaltung der Republik das höchste Interesse haben, ist das kein Vorbild (gewisse Vorurteile und Personen in anderen Ländern). Erzbergers politische Leistungen sollen deswegen voll gewürdigt werden und keinesfalls dürfen durch seinen Abgang die Hoffnungen derer geschwächt werden, denen der Kampf gegen Erzbergers Person nur der Vorwand zum Kampfe gegen die Erzbergerische Steuergesetzgebung gewesen ist.

Die Frankfurter Zeitung sagt über den Ausgang des Prozesses u. a.:

Herr Hefnerich zahlte mit 300 Mark Geldstrafe und Herr Erzberger zahlte mit seinem Ministerposten, mit seiner Stellung als Parteiführer, denn, ob er sein Mandat behalten, ob er auch in den neuen Reichstag als Abgeordneter wiedererwählt soll oder nicht, das haben zunächst seine Wähler, hat seine Partei zu entscheiden, aber daß es ein Minister, ein Führer auf lange Zeit ausgespielt hat, davon ist kein Zweifel möglich. Er hat nicht das gewohnt, was die Demokratie, und zwar sie mehr als jede andere Staatsform, als erste Voraussetzung jedes öffentlichen Wirkens fordern muß: die Reinlichkeit des persönlichen, privaten Wandels. Herr Erzberger hat als Abgeordneter und durch den Kauf der Papag-Affäre auch als Minister Geschäfte gemacht, die er niemals hätte machen dürfen, Geschäfte, die ihn kompromittierten, und ein so kompromittierter darf nicht Führer, darf nicht Leiter sein in der Demokratie, in der das Vertrauen, das einer genießt, und der Glaube an sich, den er anderen einflößen vermag, ganz anders als im Obrigkeitsstaat mit seinen gottgegebenen, durch den Monarchen verwirklichten Autoritäten die Grundlage alles erwünschten Schaffens ist.

Die Tägliche Rundschau schreibt: Dem Führer und Begründer der neuen Regierungsmehrheit ist durch gerichtliches Urteil die moralische Fähigkeit aberkannt worden, fernere eine politische Rolle zu spielen, einen Ministerposten zu bekleiden, oder die Leitung der Zentrumsparlei beizubehalten. Das ist der Zustand des heute ergangenen Ministerbeschlusses in dem lange währten Erzberger-Hefnerich-Prozess, in dem der besagte Staatssekretär Hefnerich zu einer geringfügigen Geldstrafe und zu den beträchtlichen Prozesskosten, der Kläger, Finanzminister Erzberger, aber zum politischen Tode verurteilt worden ist. Wir geben uns in dem Wahne hin, daß Erzberger auch nach diesem Urteil schon ein für allemal erledigt ist. Der Herzog ist gefallen und mancher seiner Mäntel, oder besser gesagt seiner Attribute, werden ihm folgen müssen.

Die Kreuzzeitung äußert sich u. a. wie folgt: Nur jemand, der der Verhandlung von Anfang bis zu Ende beigewohnt hatte, kann beurteilen, ein wie unendlich schwieriger Kampf zu führen war. Kein Mittel und keine Waffe, mochte sie noch so vergiftet sein, blieb auf der Gegenseite unversucht. Aber alles prollte ab an der Maffellosigkeit des Gegners und blieb ohne Eindruck auf das alte preussische Richteramt, das hier mit eigener Souveränität und in unerbittlicher Unparteilichkeit das Recht suchte und fand. Ein kleiner, aber bedenklicher Rest des einstigen Hohenzollernstaates, der uns gegeben ist, und mit ehernen Geißeln mühen die Worte des Verurteilten in das Herz des Volkes gedrungen werden: Unbedingte Loyalität der Verwaltung ist der Stütze jedes Staatswesens.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Die einzelnen Punkte der Urteilsbegründung treffen wie Hammerschläge auf das strahlende Bild, welches der Herr Nebenkläger noch in seiner letzten großen Rede vor dem Gerichtshof von seiner eigenen Personlichkeit zu entwerfen suchte. Unaufrichtigkeit, Verquickung von politischem Einfluß und persönlichem Gewinn und Unwahrscheinlichkeit wiederholen sich wie ein Refrain in jedem einzelnen Falle, der in diesem Urteil besprochen wird. Das Urteil selbst richtet sich gegen den Mann, der als Nebenkläger auftrat und der von dem Angeklagten nur durch das Mittel der formalen Beileidigung gezwungen werden konnte, die Verhandlung einzuleiten, die endlich dazu geführt hat, unser öffentliches Leben von einem Manne zu befreien, der sich ihm immer wieder aufzuplan, trotzdem seine Charaktereigenschaften bereits lange bekannt waren, die hier in einem unumstößlichen Urteil festgelegt worden sind.

Das bayerische Zentrum.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, das Organ der Zentrumsparlei Bayerns, schreibt zum Thema Erzberger:

Die Bayerische Volkspartei stand in den verflochtenen Monaten in immer schärfer werdendem Gegensatz zu jener politischen Richtung innerhalb des Reichstagszentrums, welche durch die Personlichkeit Erzbergers verkörpert ist, und deren letztes Ziel die radikalste Errichtung des Einheitsstaates darstellt. Wie in der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei vom 9. Januar zum Ausdruck kam, sind viele Kreise der Partei auch über die unaufrichtigen Bestrebungen Erzbergers hinaus mit der von ihm geführten Politik sehr hartnäckig nicht zufrieden. Der Beschluß einer Auflösung der Bayerischen Volkspartei einer der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichstagszentrum hand vor allen Dingen unter dem Zeichen der Loslösung von Erzberger auch Anfang bei denen, welche aus kulturellen Gründen die Verbindung mit dem Zentrum

